

INSM

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH
Georgenstraße 22
D- 10117 Berlin

Carl-Victor Wachs
Leiter Kommunikation
Pressesprecher

wachs@inism.de
M +49 176 61649030

inism.de

Berlin, 20.02.2026

Pressemitteilung

Vor CDU-Parteitag: Bürger stellen Regierung schlechtes Zeugnis für Wirtschaftspolitik aus / große Mehrheit fordert radikale Wirtschaftswende

Die Menschen in Deutschland sehen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung überwiegend kritisch. Nach einer Repräsentativbefragung von INSA im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) bewerten 54 Prozent die aktuelle Wirtschaftspolitik als schlecht oder sehr schlecht. Nur 19 Prozent als gut oder eher gut. Der negative Blick wird von den Anhängern fast aller Parteien geteilt, lediglich bei den Unionsanhängern gibt es ein etwas optimistischeres Bild mit 40 Prozent Zustimmung (29 Prozent negativ).

Die Bürger erwarten von der Regierung weitreichende Reformen, um Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Eine Mehrheit von 71 Prozent der Befragten spricht sich für solche Reformen aus. Bemerkenswert ist dabei die parteiübergreifende Einigkeit: Sogar unter den Anhängern der Linken fordern 63 Prozent grundlegende Korrekturen am Wirtschaftsstandort Deutschland.

Nur junge Menschen und Unionsanhänger mehrheitlich zu persönlichen Einschnitten bereit

Wie schwierig solche Reformen, die grundsätzlich von einer großen Mehrheit befürwortet werden, durchzusetzen sind, zeigt die Frage nach der persönlichen Bereitschaft, selbst spürbare Einschnitte wie weniger staatliche Leistungen oder höhere Eigenbeteiligungen in Kauf zu nehmen. Nur 33 Prozent der Befragten wären zu solchen Opfern bereit, während 55 Prozent persönliche Einschränkungen ablehnen. Ausgerechnet die von Älteren oft kritisierte Generation Z der 18- bis 29-jährigen ist die einzige Altersgruppe, in der eine relative Mehrheit von 46 Prozent zu persönlichen Einschnitten bereit ist, während sie nur 38 Prozent ablehnen. Am größten ist die Ablehnung mit 64 Prozent bei der Gruppe der 50 bis 59-jährigen.

Im politischen Spektrum stechen die Anhänger der Union hervor. Sie sind die einzige Gruppe von Parteianhängern, die sich mehrheitlich (53 Prozent) bereit erklärt, für echte Reformen auch persönliche Einschnitte in Kauf zu nehmen.

Rente, Gesundheit und Migration sind für Deutsche zentrale Themen

Auf die Frage, um welche Themen sich die Politik am stärksten kümmern sollte, sprachen sich 43 Prozent der Befragten für Rente aus. 41 Prozent nannten Gesundheit und Pflege sowie 39 Prozent Migration. Umwelt und Klima lag mit 27 Prozent auf Platz Sieben. Zugleich sind die Menschen ausgerechnet bei dem für sie wichtigsten Thema "Rente" am unzufriedensten mit der Regierung: Mehr als drei Viertel (78 Prozent) der Befragten ist mit der Rentenpolitik der Bundesregierung eher oder gar sehr unzufrieden. Nur 17 Prozent sind zufrieden. Beim Thema Steuern und Finanzen ist die Unzufriedenheit mit 76 Prozent ähnlich hoch.

Auch bei den Themen Gesundheit und Pflege sowie Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung (je 74 Prozent) sind fast drei von vier Befragten mit der Regierungspolitik unzufrieden. In keinem abgefragten Politikfeld überwiegt die Zufriedenheit. Die geringste Unzufriedenheit gibt es im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik: Und selbst da sind 58 Prozent unzufrieden und nur 34 Prozent zufrieden.

Wichtiges Signal an den CDU-Parteitag

Für INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben ist die Umfrage ein wichtiges Signal an den bevorstehenden CDU-Parteitag in Stuttgart: "Es gibt sehr große Unzufriedenheit mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Die Bevölkerung erwartet dringend umfassende Reformen, aber die Regierung ist zugleich aufgefordert, die Belastungen dadurch möglichst gering zu halten und sehr gut zu erklären." Für Alsleben ist das kein Widerspruch: "Ein umfassender Bürokratieabbau würde die Wirtschaft beleben und das Leben der Bürger erleichtern, ohne dass damit Einschränkungen verbunden wären." Auch würden Steuer- und Abgabensenkungen zu mehr Investitionen und mehr Wachstum führen. "Um das zu finanzieren, müsste der Staat vor allem bei sich selbst sparen: Behörden und Beamtenstellen abbauen, mit Digitalisierung Prozesse verschlanken und beschleunigen." Auch gebe es bei Entwicklungshilfe, NGO-Förderung und Unternehmenssubventionen noch erhebliches Sparpotenzial. "Wenn dort gestrichen wird, dürfte das von den meisten Menschen nicht als persönliche Belastung empfunden werden", so Alsleben.

Die Umfrage von INSA zu der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik und den Reformen fand zwischen dem 13. und dem 16. Februar 2026 statt. Es wurden 2002 Personen online befragt. Die Umfrage zu den wichtigsten Themenfeldern und der Zufriedenheit in diesen Themenfeldern fand online vom 9. bis 10. Februar unter 1.000 Personen aus Deutschland statt.